

Datum: 19.12.16 Uhrzeit: 12:10 Zimmernummer: OGer Zi. 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	<p><u>Teil 1</u></p> <p>SV: A studiert Germanistik an der Uni Bern. Leistungsnachweis in Form von Hausarbeit ergab Note 2, da er Werk nicht genug in Kontext ... gestellt hat. Er erhob Beschwerde mit Rechtsbegehren 1. Arbeit sei mit einer genügenden Note zu bewerten, da alle erforderlichen Elemente vorhanden. 2. Eventualiter sei die Hausarbeit zu wiederholen.</p> <p>1. Wer ist die zuständige Beschwerdeinstanz?</p> <p>2. Die zuständige Instanz heisst das Eventualbegehren gut. Hat die Rekurskommission das 1. Begehren abgewiesen oder ist sie nicht darauf eingetreten?</p> <p>3. Wenn A Rechtsfehler geltend möchte. Was wären Beispiele für solche?</p> <p>4. Es gibt also eine Wiederholung, da das Eventualbegehren gutgeheissen wurde. Kann die Fakultät den Entscheid anfechten?</p> <p>5. Ist die Fakultät Partei?</p>	<p>1. SpezialG da A an Uni studiert --> UniversitätsG - Art. 76 III UniversG --> müsste schauen, wer die für die Verfügung der Note zuständige Behörde war --> i.c. die Fakultät. --> demnach bei Rekurskommission Beschwerde einreichen --> gemäss Abs. 4 beschränkte Kognition</p> <p>2. Nicht darauf eingetreten, da beschränkte Kognition. Es ist ein Ermessensentscheid, ob eine Arbeit genügend ist oder nicht. Das kann nicht die Rekurskommission entscheiden, sondern es muss durch die Fakultät entschieden werden.</p> <p>3. Beispielsweise die Punkte seien nicht richtig zusammengezählt worden. Oder Verletzung des Rechtsgleichheitsgrundsatz. Oder Willkür, das müsste aber substantiiert werden.</p> <p>4. Beschwerde beim VerwG? VRPG 75: Legitimation. Sie hätten geschütztes Interesse, da für sie eine Prüfungswiederholung Mehraufwand bedeuten würde. Und sie sind auch besonders berührt. --> Entscheid könnte also beim VerwG angefochten werden.</p> <p>5. Sie hat die Verfügung erlassen. Sie ist ein Organ, hat keine eigene Rechtspersönlichkeit (nicht wie die Uni). Daher ist sie nicht Partei, sondern so eine Art Vorinstanz. ?!</p> <p>6. Ja. Art. 74 Kantonsverfassung (KV).</p> <p>7. Art. 31 GrossratGesetz --> Reputation</p>
		<p><u>Teil 2</u></p> <p>Es geht um die französischsprachige Minderheit in der Schweiz</p> <p>6. Gibt es eine Sonderregel zur Berücksichtigung der französischsprachigen Minderheit bei der Wahl des gr. Rates?</p> <p>7. Gibt es auch Rechte dieser französischsprachigen Minderheit bei der Beschlussfassung im grossen Rat?</p> <p>8. Bsp. Berner Jura will Ausbau der Strassen mit Tunnel. Regierungsrat sagt, wir haben nur</p>	<p>8. Wenn VSS für Reputation im grossen Rat gegeben sind, dann...</p> <p>9. Wenn RR festhält, dass keim Kompromiss, dann kann keine Reputationsabstimmung mehr verlangt werden. Sie können gesonderte Prüfung verlangen, aber wenn Mehrheit sich durchsetzt, können sie sich nicht durchsetzen. 19</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

beschränktes Budget und das wird dort eingesetzt,
wo grosses Verkehrsaufkommen herrscht etc.,
daher i.c. nicht. --> Abstimmung im grossen Rat.

9. RR lehnt ab, dann kommt es wieder in den
Grossen Rat.

Datum: 19.12.2016 Uhrzeit: 11:10 Zimmernummer: OGer Zi 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Vicari	<p>1. Bedeutung, Inhalt und Fkt. des Anklagegrds.?</p> <p>2. Fkt Anklagegrds.?</p> <p>3. Thema rechtliches Gehör. Was können Sie dazu sagen?</p> <p>4. Ist das rechtliche Gehör einschränkbar?</p> <p>5. Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs?</p> <p>6. Was sind die Voraussetzungen der UH?</p> <p>7. Wer ist für den Erlass eines Strafbefehls zuständig?</p> <p>8. I.C. macht Kli Einsprache gegen den Strafbefehl. Die Stawa hält daran fest. Die Akten werden ans Einzelgericht überwiesen. Was hat der Strafbefehl nun für eine Bedeutung?</p> <p>9. Was halten Sie von folgendem Strafbefehl: Fritz wird wegen einer groben Verkehrsregelverletzung durch unvorsichtigen Fahrstreifenwechsel verurteilt. Reicht die SV Umschreibung aus?</p> <p>10. Nun sind wir im Stadium Anklageschrift. Ist eine Abänderung der Anklage noch möglich?</p> <p>11. Wenn die beschuldigte Person während der Verhandlung neue Delikte gesteht. Muss neues Verfahren eröffnet werden?</p> <p>12. Beschreiben Sie den Ablauf einer erstinstanzlichen HV.</p> <p>13. Sie verteidigen ein wegen Mord und ev. vorsätzlicher Tötung Beschuldigter. Der Klient bestreitet Vorwurf vehement. Sie wollen auf Freispruch plädieren. Aber es sieht sehr schlecht aus. Was können Sie tun, damit Sie trotzdem noch etwas zur Strafzumessung sagen können?</p> <p>14. Beschuldigte Person erscheint nicht an HV. Was nun?</p>	<p>1. StPO 9</p> <p>2. Anklagegrundsatz besagt, dass Anklagebehörde Vorwurf etc. so umschreiben muss, dass die beschuldigte Person weiss, was ihr vorgeworfen wird. Der eingeklagte SV kann nicht mehr geändert werden.</p> <p>3. Rechtliches Gehör = Verfassungsnorm und StPO 107. Alle Verfahrensbeteiligten müssen gleich und fair behandelt werden. z.B. Akteneinsicht, Rechtsbeistand usw.</p> <p>4. Ja Art. 108 StPO</p> <p>5. Die Handlungen sind nichtig --> Verfügung und Entscheid aufgehoben. Aber Heilung möglich</p> <p>6. StPO 212 ff. 1) dringender Tatverdacht + 2) besonderer Haftgrund</p> <p>7. Die Staatsanwaltschaft StPO 253</p> <p>8. Der Strafbefehl dient jetzt als Anklageschrift.</p> <p>9. StPO 353 regelt, was der Strafbefehl enthalten muss. Grobe Verkehrsregelverletzung ist ev. etwas allgemein umschrieben, man müssten ev. genauer sagen, wie er überholt hat und wo etc.</p> <p>10. Grundsätzlich kann das Gericht die Anklageschrift nicht ändern, aber es kann einen Würdigungsvorbehalt machen, den SV bspw. auch noch unter folgender rechtl. Bestimmung zu würdigen / prüfen.</p> <p>11. Das Gericht kann das Verfahren ausweiten (StPO 349) und Beweise während der HV erheben.</p> <p>12. StPO 335 --> StPO 339 --> StPO 340 --> StPO 346 --> letztes Wort Beschuldigter --> Urteilsberatung --> Urteilsöffnung und Begründung</p> <p>13. StPO 342: Zweiteilung der Verhandlung beantragen</p> <p>14. StPO 336 I --> StPO 336 IV --> StPO 366 Abwesenheitsverfahren</p> <p>15. Grundsätzlich Öffentlich StPO 69, 70 Öffentlichkeitsausschluss grds eher zwecks Opferrechte</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

15. Jetzt kommt beschuldigte Person doch noch an HV, will nun aber den Ausschluss der Öffentlichkeit. Was kann sie tun?

16. Weiterzug eines erstinstanzlichen Urteils? Rechtsmittel wohin?

17. Kognition des Berufungsgerichts?

18. Ist der Privatkläger zur Berufung legitimiert?

19. Organisation des Obergerichts?

20. Was sagt Ihnen das Rickverbot?

16. StPO 379 ff.: Berufung bei OGer. Man meldet Berufung an. Dann muss das Regionalgericht das Urteil schriftlich begründen. Parteien können dann innert 20 Tagen nach der schriftlichen Begründung Berufungserklärung einreichen und sie müssen genau sagen, was bzw. welchen Teil des Urteil sie anfechten oder ob sie das gesamte Urteil anfechten.

17. Volle Kognition

18. StPO 381: Im Schuld- und Zivilpunkt

19. Es hat 2 Strafkammern. Art. 29 Organisationsgesetz Obergericht

20. Art. 391 II StPO

Datum: 19.12.2016 Uhrzeit: 11:30 Zimmernummer: ZI 20 OGer

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Rüetschi	<p>Er gibt SV ab: Erläuterungen zum SV: A ist Eigentümerin eines Hauses in Gümligen. Sie hat einen Mietvertrag mit B und C. Im Mietvertrag hat es eine Kaufoption. Mietbeginn ist der 01.04.2014. Die monatliche Miete beträgt 2'500.-. Die Zahlungen des Mietzinses kommen mehr und mehr ins Stocken. Daraufhin kündigt A den Mietvertrag (30 Tage auf Ende Kalenderjahr). Kündigungsschreiben wurde am 24.05.2015 zugestellt. Kündigung wurde nicht angefochten, aber A und B zogen nicht aus, da sie die Wohnung weiterhin kaufen wollen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wo ist Kündigung geregelt? 2. Formvorschriften bei der Kündigung? 3. Wieso ist es wichtig, dass Vermieter auf amtlichen Formular kündigt? 4. Was kann A tun? 5. Wie erreicht A, dass B und C die Wohnung verlassen? Was für Möglichkeiten gibt es gemäss ZPO? 6. Wo und wie muss das Verfahren eingeleitet werden? 7. Wird das Gericht eine mündliche Verhandlung durchführen? 8. Welche Wirkung hat der Entscheid bei Verfahren klaren Rechtsschutz? 9. Was können / müssen die Mieter machen? 10. Wie lautet das Dispo, wenn das Gericht eintritt und gutheisst? 	<ol style="list-style-type: none"> 1. OR 257d: Zahlungsrückstand --> i.c. sind die VSS für die Kündigung gegeben. Die Kündigung ist gültig 2. OR 266 schriftlich und OR 266b II: amtliches Formular 3. Da die Kündigung sonst nichtig ist. 4. Sie kann feststellen lassen, dass das Mietverhältnis fertig ist --> bringt wohl nicht viel, da sie ja will, dass B und C gehen. Deshalb eher Leistungsklage. 5. Man könnte Rechtsschutz in klaren Fällen beantragen. Gibt die Möglichkeit ohne Schlichtungsverfahren vorzugehen (ZPO 198 lit. a). VSS dafür: unbestrittener oder sofort beweisbarer SV. I.c. Kündigung auf amtlichen Formular und kein Rechtsmittel dagegen erhoben, d.h. wir haben einen sofort beweisbaren SV. 6. Gesuch stellen beim Regionalgericht. Örtliche Zuständigkeit ZPO 10. i.C. Klage aus Mietvertrag, daher Art. 33 ZPO Ort der gelegenen Sache. Sachliche Zuständigkeit Regionalgericht. Ausführungen zum Handelsgericht: VSS Streitwert aus arbeits- oder mietrechtlicher Streitigkeit ab 15'000.- Streitwert vorliegend: Mietzinsausfall bis die neuen Mieter darin sind und evtl. noch Räumungskosten. i.c. 5 Monate also unter 15'000.- Handelsgericht wäre i.c. sowieso nicht möglich, da Beklagte VSS nicht erfüllen. Aber ansonsten wäre es rein theoretisch auch bei einer mietrechtlichen Streitigkeit möglich. 7. Nein da summar. Verfahren. Es muss nicht, aber es kann. 8. ZPO 256 f. Wie sagt man der Wirkung "materiell rechtsbindend"? --> Res judicata. Der Entscheid dient als definitiver Rechtsöffnungstitel (i.S. SchKG) 9. Glaubhaft bestreiten. Wenn Gericht das glaubt, dann tritt das Gericht nicht auf das Gesuch ein, da kein klarer Fall. Daher müsste man dann im ordentlichen Verfahren klagen. 10. Mieter müssen sofort aus der Wohnung ausziehen...

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

--	--	--	--

Datum: 19.12.2016 Uhrzeit: 11:50 Zimmernummer: Obergericht Zi 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	<p>Häberli gibt SV ab (habe ihn nicht und er machte auch keine Ausführungen dazu)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Steuern kommen i.c. in Frage? 2. Höhe des steuerbaren Gewinns berechnen. 3. Anklagekosten? 4. Kosten wie Handänderungen etc. werden wie typisiert? 5. Bestimmen Sie die Anlagekosten in unserem Beispiel! 6. 5000'000 als massgeblicher Erwerbspreis einzusetzen ist problematisch. Wieso? 7. Stimmt es, dass Steueraufschub gibt'? 8. Was passiert beim Steueraufschub? 9. Wenn Frau X latente Steuerschuld übernehmen muss, wird sie ja kaum zustimmen. Was könnte sie tun? 10. Wieso könnte Frau X überhaupt ein Interesse haben zuzustimmen? 11. Frau X hat Zustimmung gegeben. Übertragung der Wohnung in Biel daher unter Steueraufschub erfolgt. Jetzt: Ehemann Z hat Wohnung gar nicht gekauft, sondern damals geerbt. Was ändert sich? 12. Was ist der Unterschied der Situation jetzt (Z hat Wohnung damals geerbt) zur Situation vorhin (Z hat die Wohnung damals gekauft)? 13. Was ist die Folge, wenn der amtliche Wert höher ist? 14. Häberli teilt mehr Infos aus (wir bekommen dieselben nicht). Amtlicher Wert war 300'000 Anklagekosten 200'000 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Auf Budnesebene steuerfreier Kapitalgewinn. Auf Kantonalen Ebene Grundstückgewinnsteuer und evtl. noch Handänderungssteuer. StG 126: Veräusserung + Liegenschaft im kt Bern + keine Ausnahme 2. StG 137 Differenz Erlös und Anlagekosten ergibt den Rohgewinn. 3. Erwerbspreis + Aufwendungen (StG 132) 4. Sie sind mit dem Kaufspreis verbunden 5. 500'000 6. Da i.c. noch güterrechtliche Auseinandersetzung : StG 140 I lit. e 7. War eine Abgeltung aus Güterrecht. Wird nur aufgeschoben, wenn beide Ehegatten zustimmen. 8. Latente Steuerschuld beim Ehemann --> Handänderung unter den Ehegatten wird unterdrückt = echter Steueraufschub 9. Sie könnte das beim GüterR ansprechen. 10. ? 11. Erbschaft = unentgeltliche Handänderung --> Schon er hat einen Steueraufschub genossen. Es ist heute der amtliche Wert beim Erbgang massgebend 12. Bei der unentgeltlichen Handänderung (Erbschaft) geht man nach amtlichen Wert. Bei der entgeltlichen Handänderung schaut man was Person wirklich bezahlt hat. --> Wahlrecht 13. dann ist dies eine unechte Steuerbefreiung 14. Wahlrecht amtlicher Wert oder Anklagekosten. --> Hier wäre der amtliche Wert besser --> 500'000 Rohgewinn --> StG 144 Besitzes... Haus vererbt im Jahre 1980 --> 36 Jahre Besitzes... --> = mehr als das Maximung, daher 70 % Besitzes...

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

--	--	--	--